



Reformmonitor

Mai 2007

TNS Emnid

Stieghorster Str. 90

33605 Bielefeld

Tel. 0521 / 9257 - 585

Fax 0521 / 9257 - 333

ACHTUNG

Nachdruck, Vervielfältigung oder Veröffentlichung ganz oder teilweise bedarf unserer Genehmigung lt. Beschluss des Arbeitskreises für betriebswirtschaftliche Markt- und Absatzforschung vom 14. Februar 1954.

VORBEMERKUNG

TNS Emnid, Institut für Markt- und Meinungsforschung, Bielefeld legt mit diesem Auswertungsbericht die Ergebnisse einer Repräsentativ-Befragung vor, die im Auftrag vom

Verband Forschender Arzneimittelhersteller, Berlin,

durchgeführt wurde. Gegenstand dieser Erhebung sind die Einstellungen der deutschen Bevölkerung zum Thema Reformen.

Die Ergebnisse, die in diesem Bericht niedergelegt sind, beruhen auf Spezialfragen, die für den Auftraggeber in den TNS-Emnid-CATI-Omnibus, eine repräsentative telefonische Mehrthemenumfrage, eingeschaltet waren.

Im Rahmen dieser Untersuchung wurden vom 21.03. bis 22.03.2007 insgesamt 1.001 Personen ab 14 Jahren telefonisch befragt.

Diese Unterlagen stehen ausschließlich dem Auftraggeber zur Verfügung.

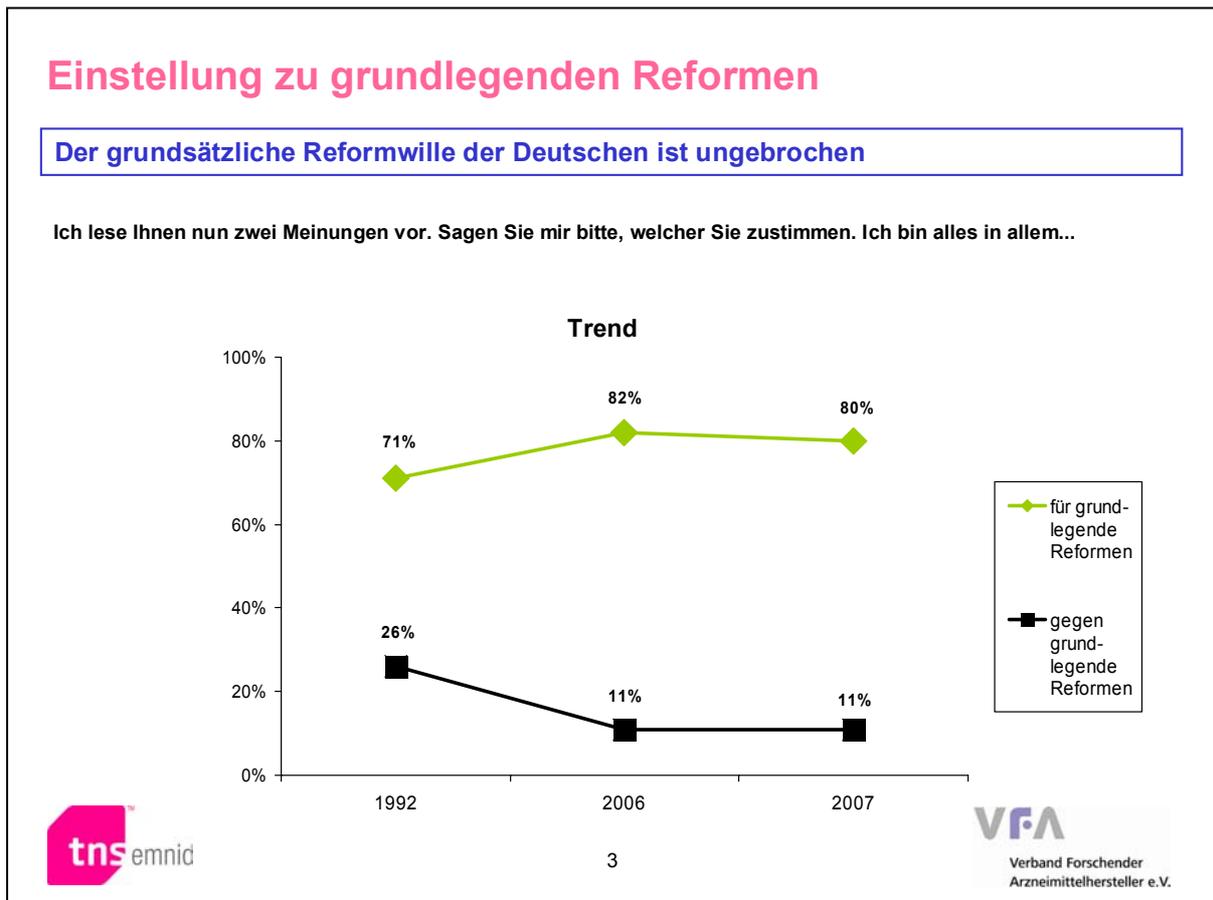
Bielefeld,
Mai 2007

TNS Emnid

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

1. Einstellung zu grundlegenden Reformen

- Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist für Reformen. Nur jeder Zehnte spricht sich dagegen aus.

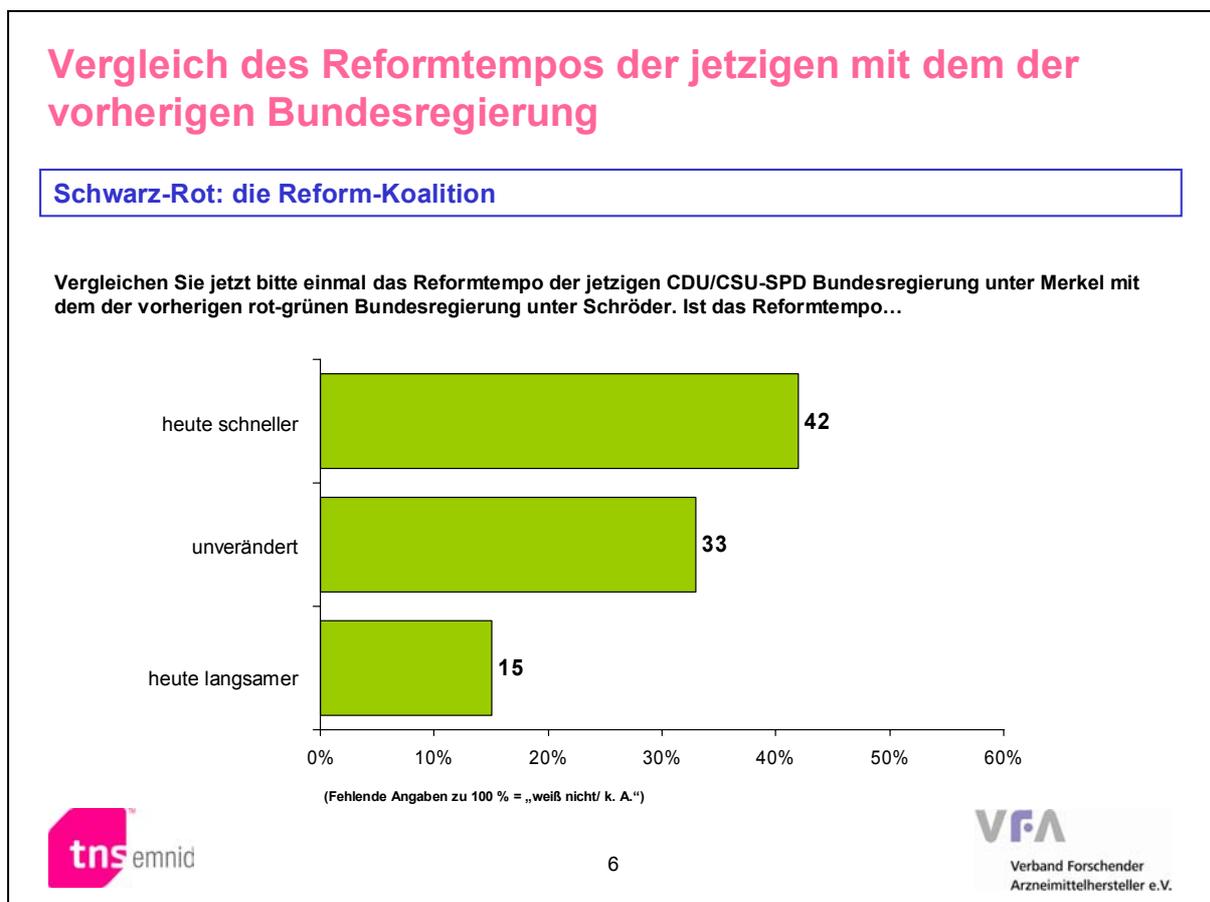


Zum weit überwiegenden Teil befürworten die Befragten grundlegende Reformen. Dies trifft auf alle demografischen Gruppen zu. Nur in einigen Fällen sind graduelle Unterschiede erkennbar. So finden Reformen beispielsweise unter den Männern (83%) größere Zustimmung als unter den Frauen (77%), die sich häufiger weder für noch gegen Reformen aussprechen (12 zu 6%). Je höher der formale Bildungsgrad der Befragten, desto stärker ist ihr Reformwille: Während sich sieben von zehn Befragten ohne abgeschlossene Lehre für Reformen aussprechen, tun dies 84 % der Befragten mit Abitur oder Hochschulabschluss.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Reformwilligkeit kaum verändert, sie liegt weiterhin um rund zehn Prozentpunkte höher als 1992.

2. Reformtempo der Großen Koalition

- Vier von zehn Deutschen sehen die Große Koalition als „Reform-Motor“. Jeder Dritte erkennt gegenüber der Vorgängerregierung jedoch keine Veränderungen im Reformtempo.

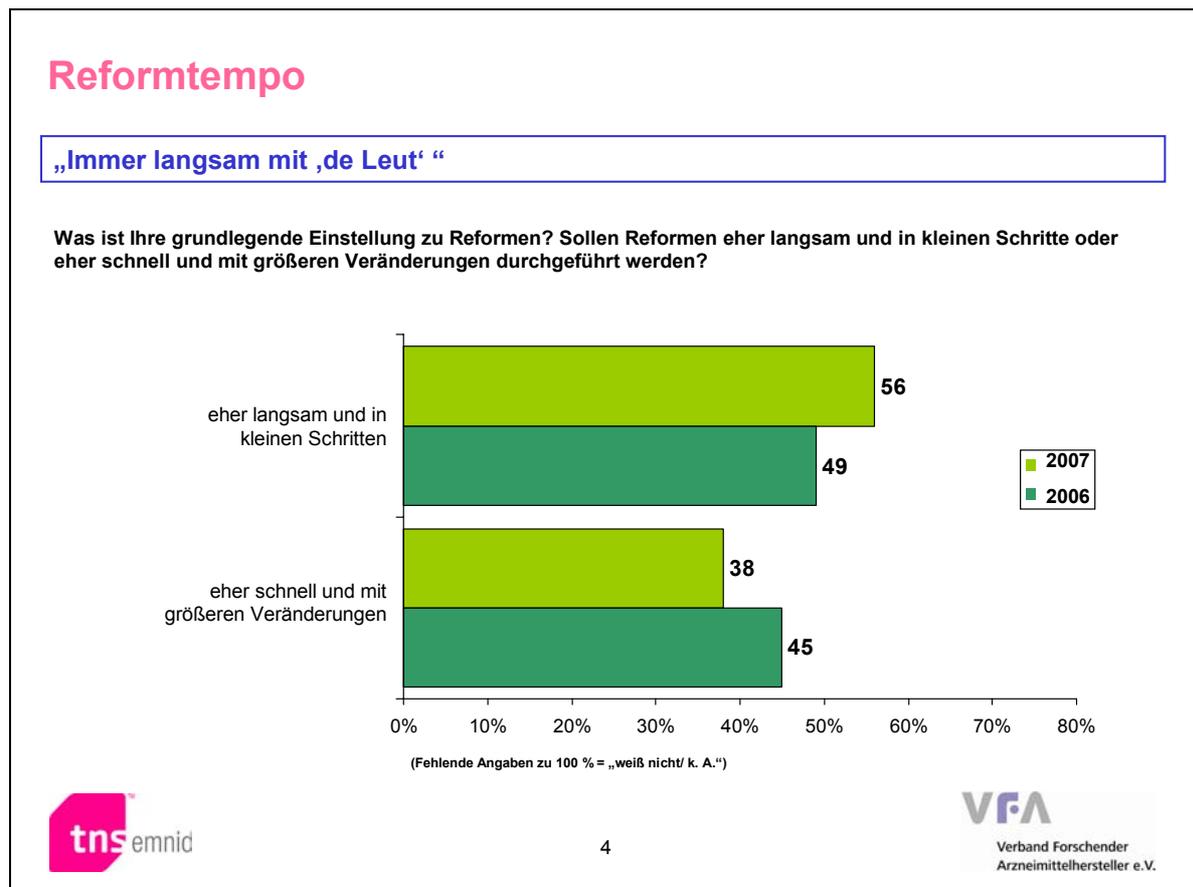


Im Vergleich mit der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Schröder bescheinigen 42% der Befragten der Großen Koalition unter Kanzlerin Merkel ein höheres Reformtempo. Nur 15% finden, dass Reformen heute noch langsamer verwirklicht werden als unter der Vorgängerregierung. Jeder Dritte sieht das Reformtempo durch den Regierungswechsel nicht beeinflusst.

Das Reformtempo wird von 45% der Frauen, aber nur von 39% der Männer als schneller wahrgenommen.

3. Größe der Reformschritte

- Die Mehrheit wünscht sich langsame und allmähliche Veränderungen.



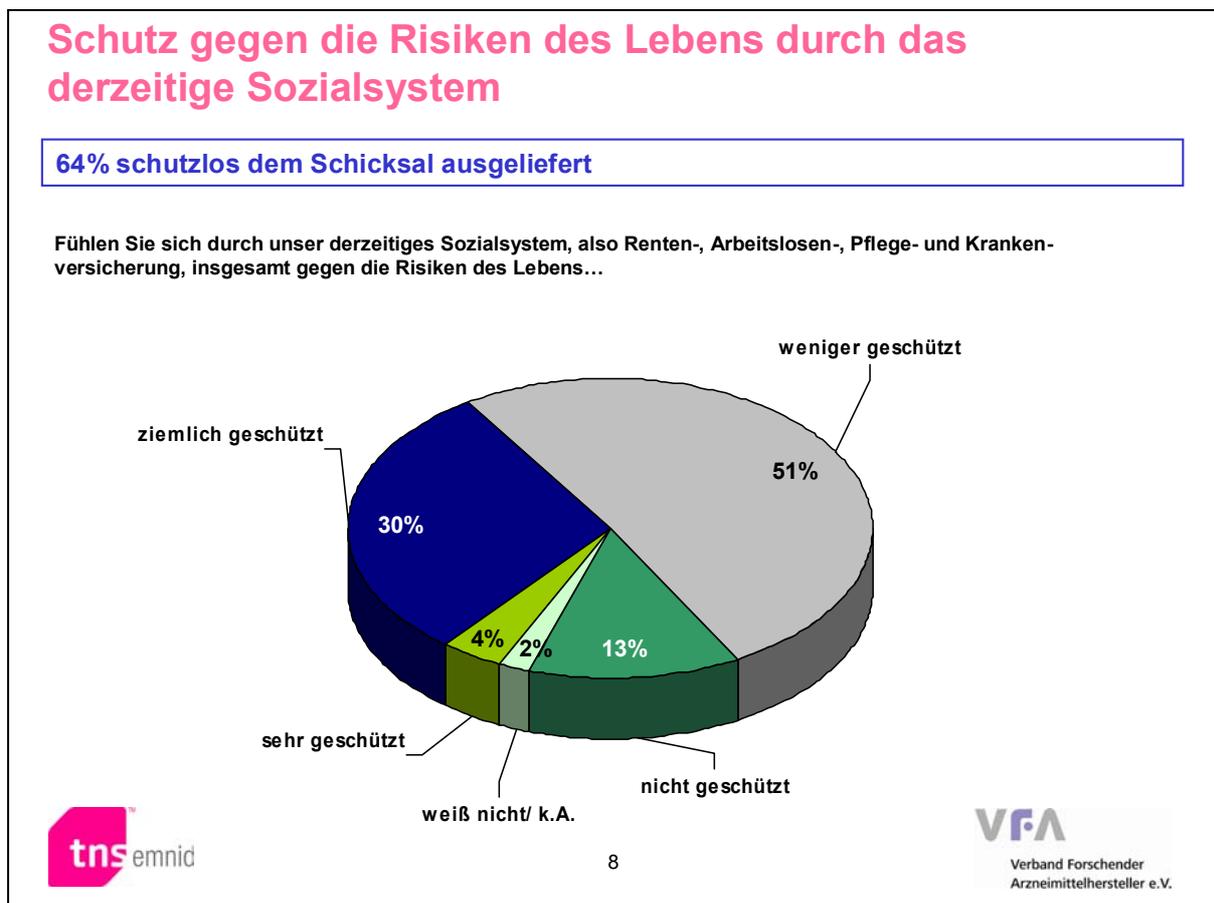
Während die Deutschen noch vor einem Jahr etwa zu gleichen Teilen kleinere bzw. größere Reformschritte bevorzugten, haben sich die Einstellungen mittlerweile deutlich verschoben: Mehr als jeder Zweite (56%) präferiert inzwischen langsame Reformen, die in kleinen Schritten vollzogen werden. Schnelle Reformen, die mit größeren Veränderungen verbunden sind, wünschen sich nur noch 38%.

Gefragt nach dem bevorzugten Reformmodell unterscheiden sich einzelne gesellschaftliche Subgruppen allerdings nach wie vor stark voneinander. Insbesondere mit zunehmender formaler Bildung steigen die Anteile derer, die sich für größere

Veränderungen aussprechen. Je jünger die Befragten sind, desto größer ist der Anteil derer, die schnellere Reformschritte präferieren (bis 29 Jahre: 45%; 40 bis 49 Jahre: 38%; ab 60 Jahre: 30%).

4. Schutz durch das Sozialsystem

- **Zwei von drei Deutschen fühlen sich durch die sozialen Sicherungssysteme nicht ausreichend geschützt.**



Der Schutz, den die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland bieten sollen, wird von der weit überwiegenden Mehrheit der Bürger als unzureichend empfunden. Knapp zwei von drei Befragten (64%) fühlen sich durch den Sozialstaat weniger oder gar nicht geschützt.

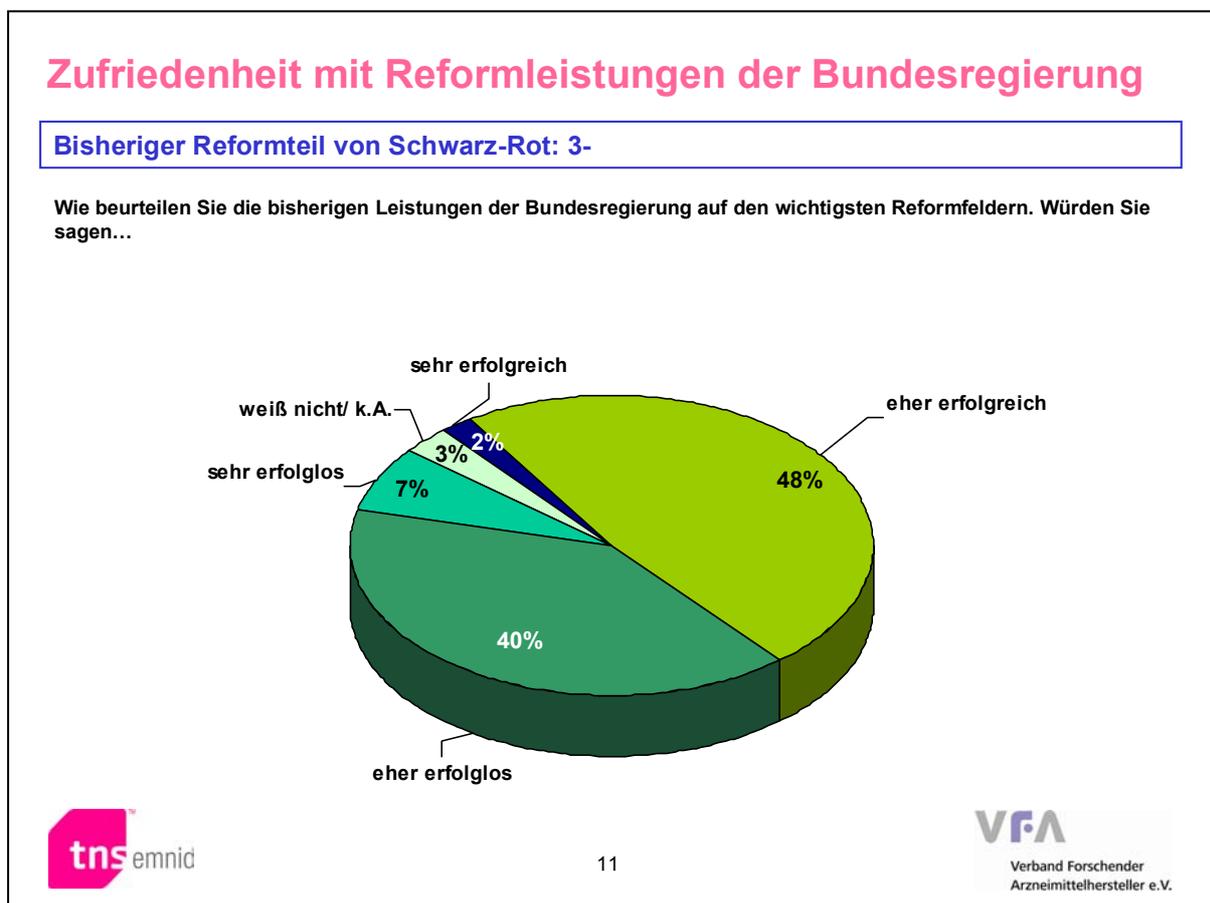
Die Angst, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit und im Alter durch die Maschen des sozialen Netzes zu rutschen, ist in den neuen Bundeslän-

dern (74%) deutlich verbreiteter als in den alten (61%).

Rund 70% der Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 2.000 Euro, aber nur rund 60% in den höheren Einkommensklassen empfinden den Schutz durch den Sozialstaat als unzureichend.

5. Reformleistungen der Großen Koalition

- Die Meinung der Deutschen über die bisherigen Reformleistungen der schwarz-roten Bundesregierung ist gespalten.

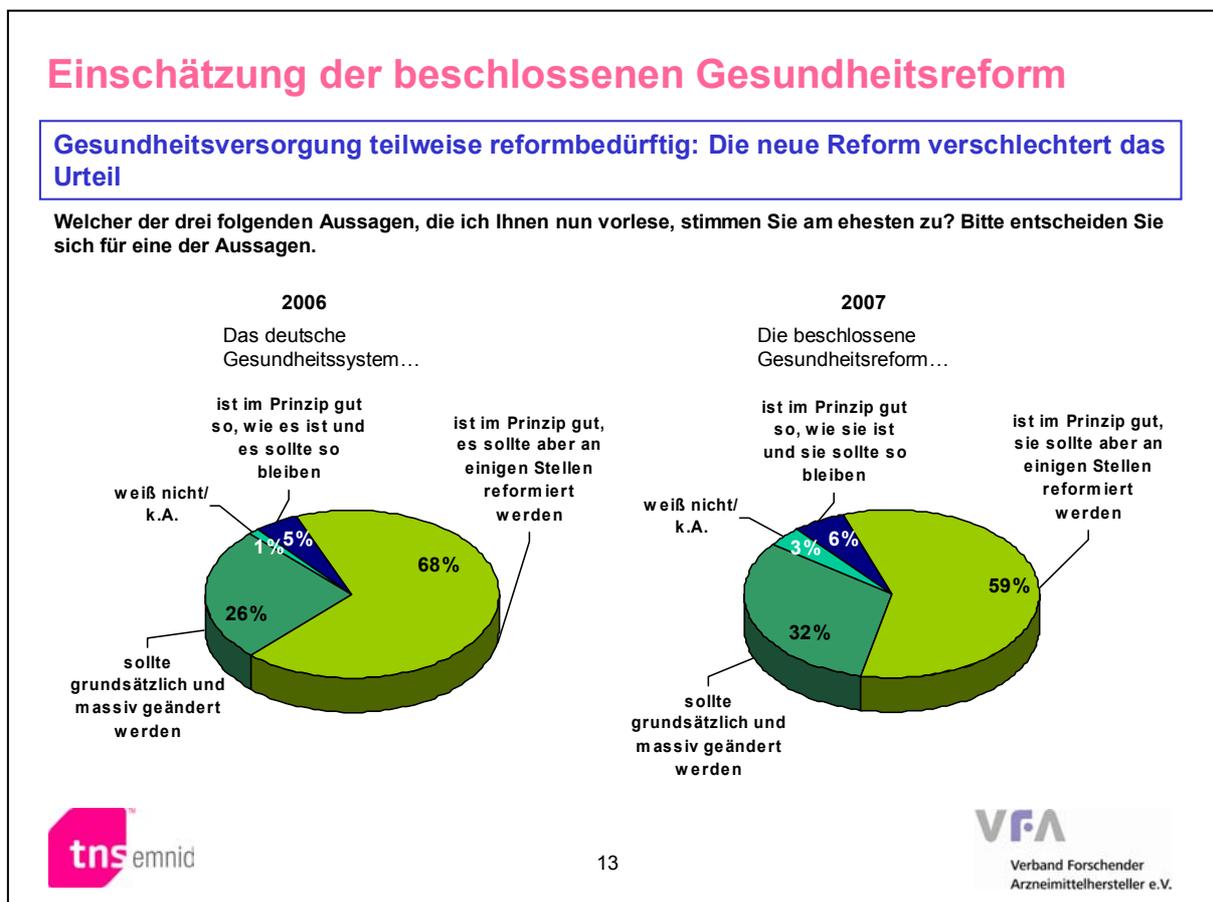


Über die bisherigen Leistungen der Bundesregierung auf den wichtigsten Reformfeldern sind die Deutschen geteilter Meinung. Während 50% der Befragten der schwarz-roten Regierung unter Kanzlerin Merkel einen sehr oder eher großen Reformersfolg bescheinigen, sind 47% der Ansicht, die Regierung habe bislang eher oder gar sehr erfolglos agiert.

In den alten Bundesländern werden die bisherigen Reformleistungen der Großen Koalition insgesamt etwas positiver beurteilt als in den neuen (51 zu 47%). Außerdem schätzen Frauen den bisherigen Reformernfolg der Regierung höher ein als Männer (54 zu 46%).

6. Einschätzung der beschlossenen Gesundheitsreform

- Sechs von zehn Befragten sehen noch Verbesserungsbedarf der Gesundheitsreform.

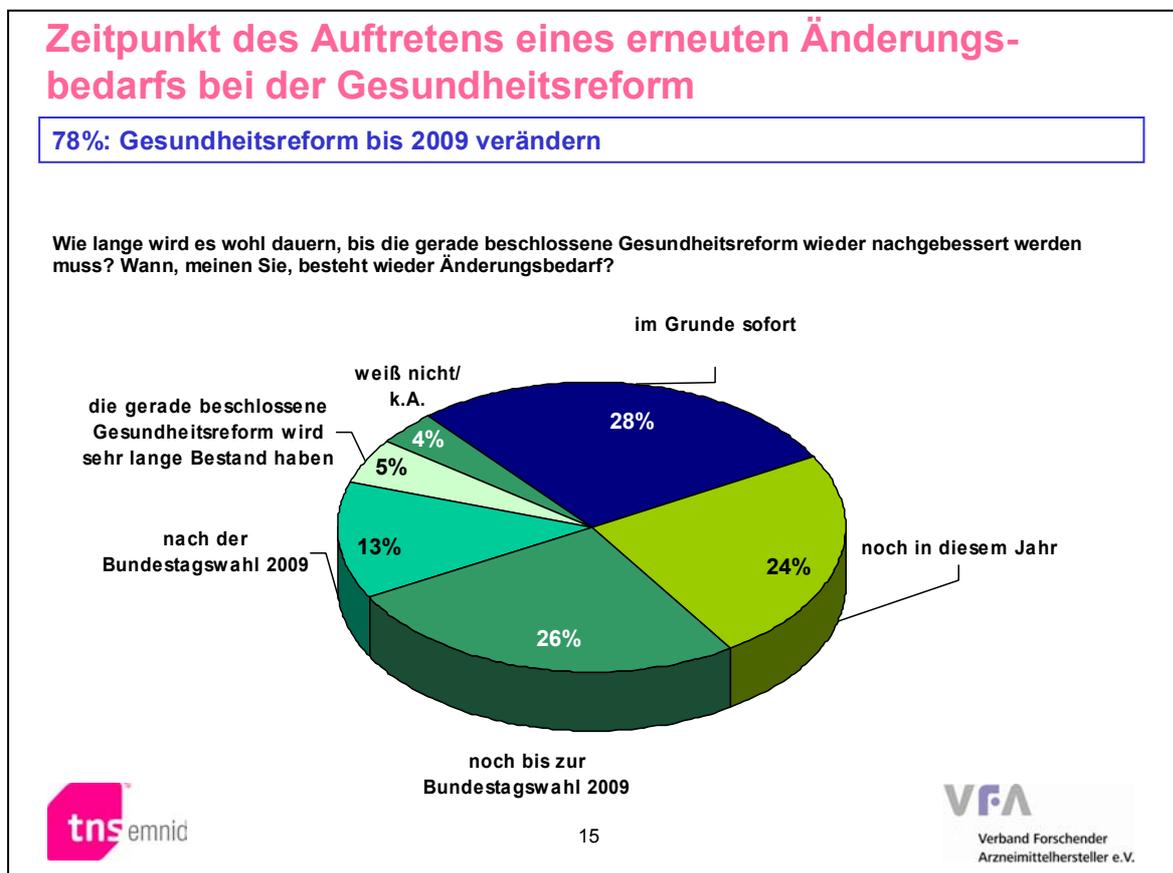


Restlos zufrieden mit der beschlossenen Gesundheitsreform sind nur sechs Prozent der Deutschen. Sie sind der Ansicht, dass die Reform in dieser Form umgesetzt werden sollte. Rund sechs von zehn Befragten stimmen der Reform zwar auch prinzipiell zu, wünschen sich aber in einigen Punkten noch Verbesserungen. Grundsätzlichen und massiven Änderungsbedarf sieht jeder Dritte.

Ein Vergleich mit den Werten von 2006 zeigt, dass das Gesundheitssystem in seiner veränderten Form weniger Zustimmung erfährt als in der alten Form. Gefragt nach ihrer Einschätzung des deutschen Gesundheitssystems äußerte im Vorjahr nur jeder Vierte (26%) den Wunsch nach einer grundlegenden Systemreform. Zwei von drei Befragten (68%) waren damals mit dem Gesundheitswesen zwar grundsätzlich zufrieden, sprachen sich aber für moderate Veränderungen aus.

7. Erneuter Änderungsbedarf der Gesundheitsreform

- Die überwiegende Mehrheit glaubt, dass die Gesundheitsreform schon in den nächsten zwei Jahren nachgebessert werden muss.



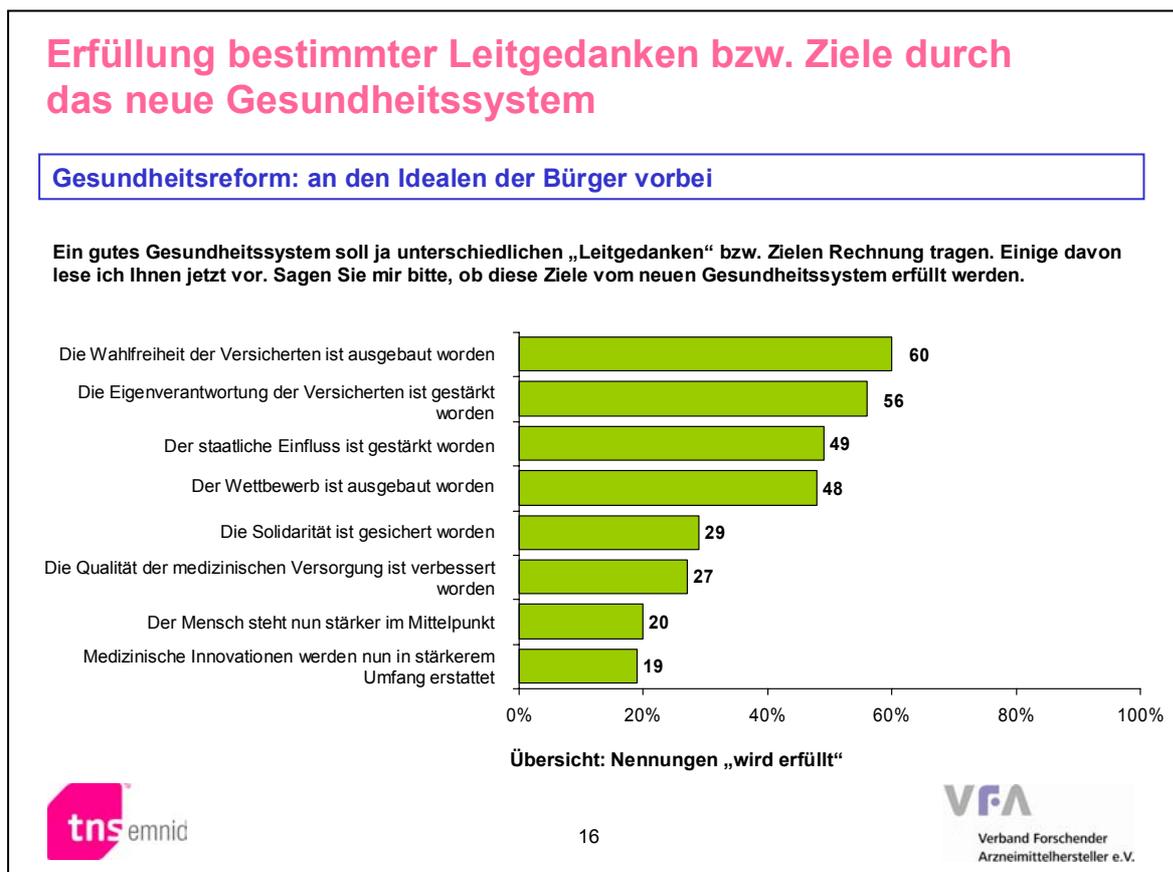
Nach Ansicht der weit überwiegenden Mehrheit der Deutschen wird die Gesundheitsreform in der aktuell beschlossenen Form nicht lange Bestand haben. 28% denken, dass die beschlossenen Regelungen sofort geändert werden sollten. Rund ein Viertel der Befragten sieht Änderungsbedarf noch in diesem Jahr, ein weiteres Viertel vor der nächsten Bundestagswahl 2009. Somit gehen gut drei

Viertel der Bürger davon aus, dass die Gesundheitsreform schon binnen zwei Jahren nachgebessert werden muss.

Unter den jüngeren Befragten ist diese Meinung verbreiteter als unter den älteren. Der Anteil derjenigen, die an Änderungen bis 2009 glauben, steigt von 80% bei den bis 29-Jährigen auf bis zu 86% bei den 40- bis 49-Jährigen. In den Altersgruppen ab 50 Jahren (50 bis 59 und ab 60 Jahre) nehmen hingegen nur rund 70% an, dass es schon vor der nächsten Bundestagswahl zu neuerlichen Reformen kommen wird.

8. Erfüllung von Leitgedanken und Zielen

- **Zwar wurden durch die Reform nach Meinung der Mehrheit Eigenverantwortung und Wahlfreiheit gestärkt. Die Qualität der medizinischen Versorgung hat sich jedoch nicht verbessert.**

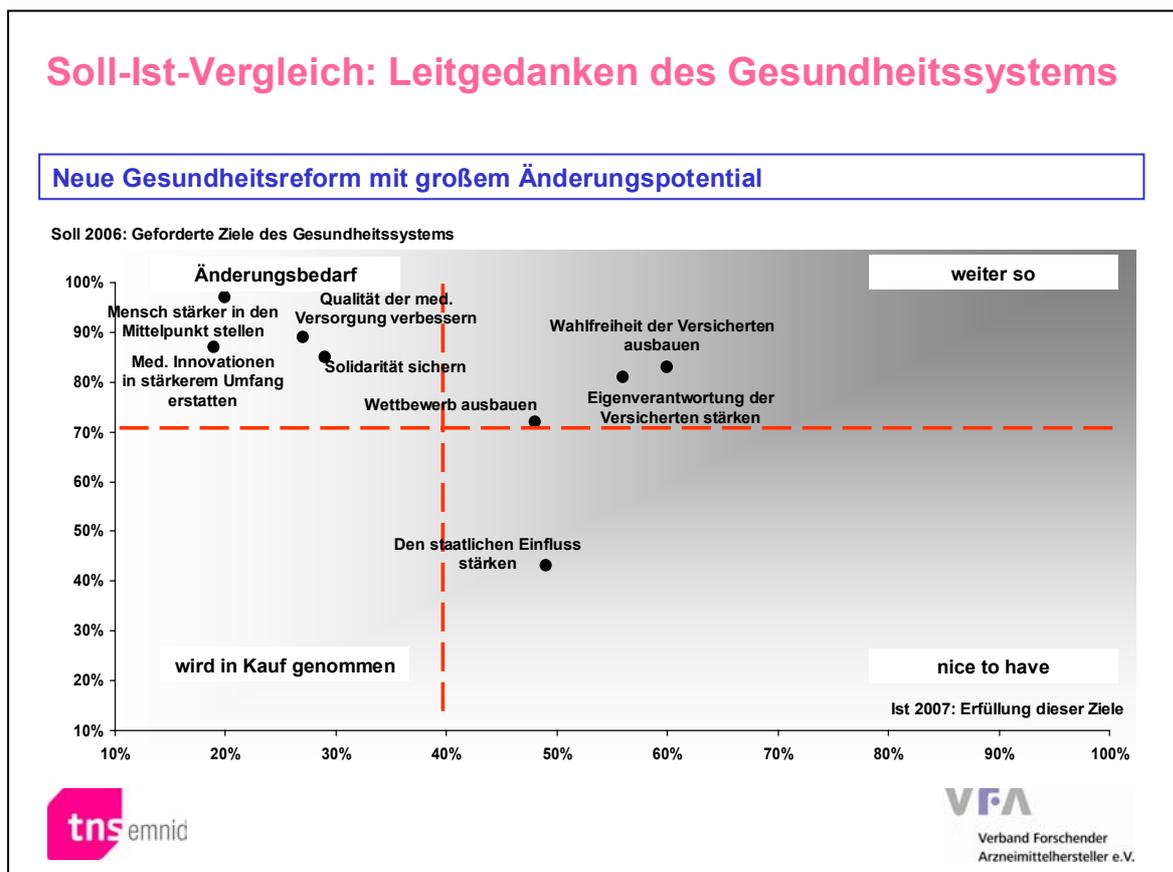


Einige Ziele, davon sind die Deutschen mehrheitlich überzeugt, werden nach der Gesundheitsreform nun besser erfüllt. Dazu zählen vor allem der Ausbau der

Wahlfreiheit (60%) und eine gestärkte Eigenverantwortung der Versicherten (56%). Andere Leitgedanken hingegen werden vom neuen Gesundheitssystem nur für eine Minderheit erfüllt. Zu einer Verbesserung der medizinischen Qualität hat die Reform des Gesundheitswesens nur für gut jeden Vierten geführt. Lediglich drei von zehn Befragten sehen den Solidaritätsgedanken gestärkt, und nur jeder Fünfte glaubt, dass der Mensch künftig stärker im Mittelpunkt stehen wird. Einige Idealvorstellungen der Bürger von einem guten Gesundheitssystem werden somit nicht erfüllt.

9. Soll-Ist-Vergleich: Leitgedanken des Gesundheitssystems

- Die Hälfte der von der Bevölkerung geforderten Ziele wird durch die Gesundheitsreform nicht erfüllt. Hier besteht großer Änderungsbedarf.



Die aktuelle Einschätzung der Deutschen, wie gut bestimmte Leitgedanken des Gesundheitssystems nach der neuen Reform erfüllt werden, wird nun mit den entsprechenden Erwartungen aus der Vorjahresbefragung verglichen. Der daraus entstehende Soll-Ist-Vergleich zeigt, wie gut das neue Gesundheitssystem die von der Bevölkerung geforderten Ziele aus deren Sicht erfüllt.

Änderungsbedarf zeigt sich vor allem in vier Bereichen: Die Deutschen wünschen sich von ihrem Gesundheitssystem eine bessere Qualität der medizinischen Versorgung und die Stärkung des Solidaritätsgedankens. Auch soll der Mensch stärker im Mittelpunkt stehen, und die Kosten für medizinische Innovationen sollen stärker als bisher von den Krankenkassen übernommen werden. Hinsichtlich dieser Ziele bestehen derzeit große Diskrepanzen zwischen den Wünschen der Bevölkerung und den wahrgenommenen Realitäten des Gesundheitssystems.

Einige andere Ziele sehen die Deutschen nach der Gesundheitsreform dagegen schon jetzt in ihrem Sinne erfüllt: Die Wahlfreiheit und die Eigenverantwortung der Versicherten wurden gestärkt, und auch der wahrgenommene stärkere Wettbewerb zwischen den Krankenkassen entspricht den Forderungen der Bürger. In diesen Bereichen sollte der eingeschlagene Kurs beibehalten werden.

Im Vergleich zu den anderen Zielen erscheint die Stärkung des staatlichen Einflusses auf das Gesundheitswesen insgesamt weniger wichtig. Sie wird weder mehrheitlich gewünscht noch sehen die Befragten sie aktuell mehrheitlich als gegeben an. Der Soll-Ist-Vergleich bewegt sich für diesen Leitgedanken daher im Bereich des „Nice to have“.

10. Aussagen zu forschenden Arzneimittelunternehmen

- Für die Deutschen sind die forschenden Arzneimittelunternehmen ein wichtiger Industriezweig. Zu viele Regulierungen behindern nach Ansicht der Bevölkerung aber die Unternehmen in ihrer Leistungsfähigkeit.



Die weit überwiegende Mehrheit der Deutschen betrachtet die forschenden Arzneimittelunternehmen als einen wichtigen Industriezweig für die Zukunft in Deutschland. Diese Einschätzung zeigt sich in allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen.

Die Probleme, die den Arzneimittelherstellern durch zu starke Regulierungen entstehen, werden in der Bevölkerung durchaus reflektiert und unterschiedlich bewertet. 72% der Deutschen sehen die Gefahr, dass qualifizierte Arbeitskräfte aufgrund von eingeschränkten Arbeitsbedingungen ins Ausland abwandern. Durch Regulie-

rungen in ihrer Gesamtentwicklung bedroht sehen 42% die Unternehmen.

Der Glaube, dass die Unternehmen mehr Arbeitsplätze schaffen könnten, wenn sie weniger reguliert würden, sinkt mit steigendem formalem Bildungsgrad (Volksschule ohne Lehre: 76%; Abitur/Universität: 53%).

FAZIT

- Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ist für Reformen. Nur jeder Zehnte spricht sich dagegen aus.
- Vier von zehn Deutschen sehen die Große Koalition als „Reform-Motor“. Jeder Dritte erkennt gegenüber der Vorgängerregierung jedoch keine Veränderungen im Reformtempo.
- Die Mehrheit wünscht sich langsame und allmähliche Veränderungen.
- Zwei von drei Deutschen fühlen sich durch die sozialen Sicherungssysteme nicht ausreichend geschützt.
- Die Meinung der Deutschen über die bisherigen Reformleistungen der schwarz-roten Bundesregierung ist gespalten.
- Sechs von zehn Befragten sehen noch Verbesserungsbedarf der Gesundheitsreform.
- Die überwiegende Mehrheit glaubt, dass die Gesundheitsreform schon in den nächsten zwei Jahren nachgebessert werden muss.

- Zwar wurden durch die Reform nach Meinung der Mehrheit Eigenverantwortung und Wahlfreiheit gestärkt. Die Qualität der medizinischen Versorgung hat sich jedoch nicht verbessert.
- Die Hälfte der von der Bevölkerung geforderten Ziele wird durch die Gesundheitsreform nicht erfüllt. Hier besteht großer Änderungsbedarf.
- Für die Deutschen sind die forschenden Arzneimittelunternehmen ein wichtiger Industriezweig. Zu viele Regulierungen behindern nach Ansicht der Bevölkerung aber die Unternehmen in ihrer Leistungsfähigkeit.

ZUR METHODE

METHODISCHE ANLAGE DER UNTERSUCHUNG

- GRUNDGESAMTHEIT:** Deutsche Personen in Privathaushalten in der Bundesrepublik Deutschland (alte und neue Bundesländer) im Alter von 14 und mehr Jahren.
- STICHPROBE:** Für diese Untersuchung war eine Stichprobe von ca. 1.000 Interviews geplant. Die vorliegende Auswertung basiert auf insgesamt 1.001 Fällen
- STREUUNG:** Die Interviews wurden über alle Bundesländer und Ortsgrößen gestreut.
- DURCHFÜHRUNG:** Die Befragung erfolgte in telefonischer Form. Es handelt sich dabei um computergestützte Interviews (C.A.T.I.). Die allgemeinen Arbeitsanweisungen, nach denen alle Interviewer von TNS Emnid verfahren, regelten die einheitliche Durchführung der Interviews. Der Fragebogen war als Protokollgrundlage in Bezug auf Reihenfolge und Wortlaut der Fragen für die Interviewer verbindlich.
- BEFRAGUNGSZEITRAUM:** Die Interviews zu dieser Untersuchung wurden in der Zeit vom 21.03. bis 22.03.2007 durchgeführt.

GEWICHTUNG:

Das Random-Verfahren führt zu einer haushaltsrepräsentativen Stichprobe. Das bedeutet, dass mit zunehmender Haushaltsgröße die Auswahlchance der einzelnen Haushaltsmitglieder umgekehrt proportional sinkt. Durch ein Gewichtungsprogramm wird im Stadium der Datenverarbeitung diese Disproportionalität aufgehoben (Transformation). Gleichzeitig werden Abweichungen von der Soll-Struktur, die durch randombedingte Interviewausfälle entstehen, ausgeglichen (Redressment). Es ist Aufgabe der Gewichtung, aus der haushaltsrepräsentativen Stichprobe eine bevölkerungsrepräsentative Stichprobe zu erstellen. Nach der Gewichtung ist die Stichprobe repräsentativ für Personen im Alter von 14 und mehr Jahren, d.h. die erhobenen Daten sind im Rahmen der statistischen Fehlertoleranzen auf die Grundgesamtheit hochrechenbar. Vergleiche dazu Fehlertoleranztafel. Die gesamtdeutsche Auswertung ist entsprechend der Einwohnerzahl in den alten und neuen Bundesländern faktoriell gewichtet. Die erhobene disproportionale Stichprobe für die alten und neuen Bundesländer wurde durch eine faktorielle Gewichtung in eine proportionale Stichprobe transformiert, die repräsentativ für Gesamtdeutschland ist (im Verhältnis 0.79 (West) zu 0.21 (Ost)).

DARSTELLUNG DER ERGEBNISSE:

Der Tabellenteil enthält die Ergebnisse dieser Untersuchungen in detaillierter Form mit den für das Untersuchungsziel wesentlich erscheinenden Aufgliederungen nach soziodemographischen und sachlich bestimmten Personengruppen.

Der Wortlaut der Fragen ist jeweils bei einer Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen. Zu unterscheiden sind Fragen mit vorgegebenen Antwortmöglichkeiten, bei denen der Befragte aus vorgegebenen Antwortmöglichkeiten die am meisten zutreffende Antwort bzw. mehrere Antworten zu wählen hat, und offene Fragen, auf die der Befragte frei antwortet. Die Antworten auf offene Fragen wurden sinngemäß zu homogenen Klassen zusammengefasst.

Die Prozentuierung erfolgte – wenn im Tabellenkopf nicht anders vermerkt – auf der Basis aller Befragten bzw. der Befragten in den soziodemographischen Untergruppen. Die absolute Basis, die 100 % entspricht, ist mit im Bericht aufgeführt, um eine Beurteilung der Genauigkeit zu erleichtern.

Die Prozentzahlen sind auf ganze Zahlen gerundet. Die Summe der Prozentzahlen ergibt infolge der Auf- und Abrundungen nicht immer genau 100 %.

Die absolute Zahl 0 (Null) ist als "-" dargestellt. Prozentzahlen auf der Basis von weniger als 70 Absoluten sind wegen zu geringer Befragtenzahl nur begrenzt aussagefähig (siehe Tabelle Schwankungsbreite).

Die in der Zeile 'Summe' ausgewiesenen Werte zeigen, ob und in welchem Maße in den Ergebnissen der entsprechenden Tabelle Mehrfachnennungen enthalten sind. Mehrfachnennungen bedeuten, dass zu der der Tabelle zugrunde liegenden Frage von manchen Befragten mehrere Antworten gegeben wurden bzw. dass komplexe Antworten in ihre Elemente zerlegt und sinngemäß mehreren betroffenen Antwortkategorien zugeordnet wurden.